



Pressemitteilung

Wirtschaftsforum der SPD gegen BaFin-Aufsicht über freie Finanzvermittler / Christ: Kontrollsystem funktioniert

Berlin, 14. März 2019 – Das Wirtschaftsforum der SPD wendet sich gegen das Vorhaben der Großen Koalition, die Aufsicht über freie Finanzvermittlerinnen und -vermittler der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) zu übertragen. „Bislang kontrollieren in den Bundesländern die Industrie- und Handelskammern oder regionale Behörden. Und das funktioniert gut. Denn jeder freie Vermittler wird jährlich durch einen unabhängigen Wirtschaftsprüfer und die Handelskammer geprüft“, erklärt der Schatzmeister des Wirtschaftsforums der SPD, Harald Christ. „Wie soll das eine zentrale Bundesbehörde für mehr als 37.000 freie Vermittler in ganz Deutschland leisten?“

Laut Medienberichten hält die Bundesregierung an den im Koalitionsvertrag vereinbarten Plänen fest, die Aufsicht über Vermittler mit einer Erlaubnis gemäß Paragraf 34f der Gewerbeordnung unter dem Dach der BaFin zu vereinheitlichen. Für die betroffenen Finanzvermittler könnten in der Folge die gleichen Regeln gelten, wie für Banken – sie wären eventuell gezwungen, eine Lizenz nach dem Kreditwesengesetz zu erwerben. Bisher gilt für sie die Finanzanlagenvermittlungsordnung. Da die BaFin umlagefinanziert ist, würden die Kosten über Gebühren auf die Beaufsichtigten umgelegt. Sie müssten die Neuaufstellung des Kontrollsystems also selbst finanzieren.

„Wir brauchen eine hochwertige Finanzberatung für die Sparer in unserem Land. Die verbrauchernahe Vermittlung wird durch das neue Aufsichtsregime aber geschwächt“, meint Christ. Viele der derzeit mit der Aufsicht betrauten Industrie- und Handelskammern würden sich bei Beratung, Weiterbildung und Rechtsanliegen von freien Finanzberaterinnen und -beratern engagieren. „Diese Unterstützung vor Ort fiele weg. Für freie Finanzvermittler würde das bedeuten: Höhere Kosten bei weniger Leistung“, so Christ. Gemeinsam mit der geplanten Deckelung von Provisionen bei Lebensversicherungen sei das existenzbedrohend für Tausende freier Finanzvermittler. „Die Pläne der Koalition stellen die Kolleginnen und Kollegen ins berufliche Abseits. Das dürfen wir nicht zulassen.“

Weitere Informationen unter: spd-wirtschaftsforum.de

Sie haben Fragen? Wir stehen Ihnen gerne zur Verfügung.

WIRTSCHAFTSFORUM DER SPD E.V.
DOROTHEENSTRASSE 35
10117 BERLIN

T +49 30 400 40 660
F +49 30 400 40 666
MAIL@SPD-WIRTSCHAFTSFORUM.DE

SPD-WIRTSCHAFTSFORUM.DE

PRÄSIDIUM:
DR. MICHAEL FRENZEL, PRÄSIDENT
HARALD CHRIST, SCHATZMEISTER
PROF. DR. INES ZENKE, VIZEPRÄSIDENTIN
ROBERT M. MAIER, VIZEPRÄSIDENT

GESCHÄFTSFÜHRER:
DR. FRANK WILHELMY

REGISTERGERICHT:
AMTSGERICHT CHARLOTTENBURG / VR 33920

UST-IDNR.: DE 298512965
STEUERNUMMER: 27/620/62175
FA FÜR KÖRPERSCHAFTEN BERLIN

WEBERBANK AG BERLIN
IBAN: DE81 1012 0100 1004 0066 66
BIC: WELADED1WBB



Pressekontakt

Alexander Griefß

Redakteur Presse und Kommunikation

Wirtschaftsforum der SPD e. V.

Dorotheenstraße 35 | 10117 Berlin

presse@spd-wirtschaftsforum.de

Telefon: +49 30 202 198 35

Mobil: +49 151 402000 19